

Neue Zürcher Zeitung

Weniger Pestizide und Dünger: Die Agrarindustrie wehrt sich gegen strengere Vorschriften

Nach dem Scheitern der Agrarinitiativen wollen die Wirtschaftsverbände die neuen Regeln zur Eindämmung von Pflanzenschutzmitteln und Dünger wieder verwässern. Geschehe dies nicht, drohe eine Umsetzung der abgelehnten Volksbegehren durch die Hintertür.

David Vonplon

20.08.2021, 17.09 Uhr



Parlament und Bundesrat wollen den Einsatz von Pestiziden auf den Feldern reduzieren. Der Industrie geht das zu weit.

Christian Beutler / Keystone

Viel zu radikal und teilweise auch kontraproduktiv seien die Trinkwasser- und die Pestizidverbotsinitiative, führten deren Gegner im Abstimmungskampf ins Feld. Sie wiesen auf die verschärften Vorschriften zur Eindämmung von Pflanzenschutzmitteln und Dünger als Alternative hin, die Parlament und Bundesrat im Frühling beschlossen haben. Nicht weniger als das «das strengste Pestizidgesetz Europas» erhalte die Schweiz damit, hiess es. Die Mehrheit der Stimmbevölkerung vertraute diesem Versprechen und schickte die beiden Agrarinitiativen bachab.

Doch stehen die Gegner – angeführt vom Bauernverband und von der Agrarindustrie – nach dem Urnengang tatsächlich hinter den Verschärfungen der Regeln für den Pestizid- und Düngereinsatz? Im Falle der Agrarindustrie muss diese Frage verneint werden. In einer diese Woche publizierten Stellungnahme erklären der Verband Scienceindustries und die in der Industriegruppe Agrar vereinten Hersteller von Pflanzenschutzmitteln, dass das Ziel einer Reduktion der Risiken von Pflanzenschutzmitteln zwar geteilt werde. In der jetzigen Form jedoch schiesse der «inoffizielle Gegenvorschlag» weit über das ursprüngliche Ziel hinaus.

Die Stellungnahme der Industrievertreter erfolgt im Rahmen der Vernehmlassung zu den Verordnungen, welche die vom Parlament beschlossenen Massnahmen zur Reduktion der Risiken von Pflanzenschutzmitteln präzisiert. Die Vernehmlassung endete diese Woche.

Die Industrie weist warnend darauf hin, dass für viele der heute verfügbaren Pflanzenschutzmittel die Zulassungsfähigkeit in der Schweiz infrage gestellt wäre, wenn der Absenkpfad in der vorliegenden Form umgesetzt würde. «Die Konsequenzen für die Landwirtschaft, den Ernährungssektor und die Konsumenten wären weitreichend.» Nicht nur würden Innovationen verhindert und die regionale Produktion reduziert. Auch würden damit die klar abgelehnten Initiativen durch die Hintertür umgesetzt, so die Kritik.

Bestätigt sieht die Agrarindustrie ihre Position durch eine Befragung von Agroscope, die vor wenigen Wochen publiziert wurde. Darin heisst es, dass ein Totalverzicht auf Pflanzenschutzmittel Ertragsverluste bis zu 47 Prozent verursachen würde. Ohne Insektizide und Fungizide müssten Mindererträge von bis zu 43 Prozent in Kauf genommen werden. Ziel müsse deshalb sein, die Umweltbelastung und nicht die Pflanzenschutzmittel zu reduzieren.

Umweltverbände ärgern sich

Vertreter von Umweltverbänden reagieren auf Anfrage irritiert auf die Forderung der Industrie, die neuen Regeln für den Einsatz von Pestizid und Dünger zu verwässern: «Einen Entscheid des Gesetzgebers, der eben erst gefällt wurde, derart infrage zu stellen, ist merkwürdig», sagt Jonas

Schmid, Sprecher des WWF. Dies umso mehr, als das Parlament den Gesetzestext mit grosser Mehrheit angenommen habe und die parlamentarische Initiative der Stimmbevölkerung als Alternative zu den beiden Initiativen verkauft worden sei.

Auch der grüne Nationalrat Kilian Baumann äussert sein Unverständnis in Hinsicht auf die Forderungen der Industrie: «40 Prozent der Stimmbevölkerung haben im Juni zum Ausdruck gebracht, dass sie Pestizide am liebsten ganz verbieten würden», sagt der Berner Bauernpolitiker. Die anderen 60 Prozent hätten die Initiativen für den falschen Weg gehalten. Das Ziel, dass die Landwirtschaft ökologischer werden müsse, sei jedoch bei Befürworterinnen und Gegnern unbestritten gewesen. «Es wäre ein absolutes No-Go, wenn der Massnahmenplan des Bundesrats nun verwässert würde», so Baumann.

Bauernverband sagt «Ja, aber»

Im Gegensatz zur Industrie bekennt sich der Schweizerische Bauernverband im Grundsatz zu den vom Parlament beschlossenen Zielen, um die Risiken im Zusammenhang mit Pflanzenschutzmitteln und die Nährstoffverluste zu reduzieren. Dem «Ja» des Verbands folgen allerdings ebenfalls zahlreiche «Aber».

Der Verband moniert unter anderem, dass die vom Bundesrat in die Vernehmlassung gegebenen Verordnungen nur zum Teil den Beschlüssen des Parlaments entsprechen würden. So würden diese ausschliesslich den Landwirtschaftssektor betreffen. Um die festgesetzten Ziele erreichen zu können, müssten jedoch auch die anderen involvierten Sektoren einen Beitrag leisten.

Auch seien die Ziele zur Vermeidung einer Überdüngung der Böden «extrem ambitiös». Der Bundesrat schlägt vor, dass der Ausstoss von Stickstoff- und Phosphordünger um 20 Prozent reduziert werde. Dieses Ziel muss aus Sicht der Bauern auf 10 Prozent halbiert werden.

Zu guter Letzt fordern die Bauern Kompensationen für die Ertragseinbussen, welche die strengeren Regeln beim Pestizid- und Düngereinsatz mit sich bringen würden. Das Erreichen der Reduktionsziele erhöhe den wirtschaftlichen Druck auf die Landwirtschaftsbetriebe. Deshalb bestehe Nachholbedarf.

Mehr zum Thema

SERIE

Die Landwirtschaft kostet die Schweizer mehr, als sie ihnen bringt – lässt sich daran etwas ändern?

Teurer Grenzschutz, hohe Subventionen: Die Schweizer bezahlen viel für den Erhalt der heimischen Landwirtschaft. Reformen haben es schwer. Dennoch gibt es Druckinstrumente.

Matthias Benz 28.07.2021



«Nimm ein Seil und hänge dich an einen Baum!» – Abstimmungskampf zu Agrarinitiativen wird für Politiker bedrohlich

Der Grünen-Nationalrat und Befürworter der Agrarinitiativen Kilian Baumann zieht sich nach Drohungen aus dem Abstimmungskampf zurück. Die heftig geführte Debatte ist für Polit-Experten keine Überraschung – und auch ein Auswuchs der Pandemie.

Michele Coviello 26.05.2021



Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.